

Leipziger Volkszeitung



Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau beiderseits bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pöggau, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

Monatlicher Bezugspreis mit Unterhaltungs- und Kinderbeilage 1.80 M., mit illustrierter Wochenbeilage „Der Sonntag“ 2.20 M., einschl. Beleggeld, für Selbstabholer 1.70 M., mit „Sonntag“ 2.10 M., durch die Post 1.80 M., Ausgabe A, das ist mit „Sonntag“ 2.20 M., zusätzlich Beleggeld.

Redaktion u. Verlag: Leipzig C1, Tauchaer Str. 19/21. Telegr.-Adresse: Volkszeitung Leipzig - Teleph. 72206 - Postkassenkonto: Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 53477

Inseratenpreise: Die 10gelalt. Kolonelle 35 Pf., Familienanzeigen von Privaten mit 50% Nachl. Stellenangebote 10gel. Kolonelle 25 Pf., Kleine Anzeigen: Ueberschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf., Reklamezeile 2 M., Inlerate v. auswärts: die 10gel. Kolonelle 40 Pf., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen

Eine Kampfansage an die deutsche Arbeiterklasse

Papen kehrt wieder?

Vor der definitiven Entscheidung des Reichspräsidenten über die Ernennung des neuen Kanzlers — Was wird mit dem Reichstag?

Die Pläne v. Schleichers gescheitert?

Abgabe der Nationalsozialisten

WFB Berlin, 29. November.

Das Bild der innerpolitischen Situation hat sich heute vormittag wieder grundlegend geändert. Die Nationalsozialisten haben den für heute in Aussicht genommenen Besuch von Ströher und Fried beim Reichswehrminister wieder ablagen lassen. Den Grund dafür sieht man in politischen Kreisen darin, daß sich die unversöhnliche Richtung innerhalb der NSDAP, die nach dem Ausgang der Verhandlungen Adolf Hitlers unter keinen Umständen paktieren will, durchgesetzt hat.

Diese Abgabe scheint nicht ohne Rückwirkung auf die Kandidatur des Generals v. Schleicher für das Kanzleramt zu bleiben. Man weiß, daß der Reichswehrminister dieses Amt ohnehin nur mit innerem Widerstreben übernehmen würde. Diese Einstellung ist durch die Antwort der Nationalsozialisten offenbar noch verstärkt worden. So rechnet man in politischen Kreisen jetzt bereits mit der Wiederbeauftragung des Reichskanzlers von Papen.

Herr von Papen hatte dem Reichspräsidenten in der bedeutungsvollen Konferenz vom vorigen Sonnabend selbst geraten, von seiner Person abzusehen. Er wird einen neuen Auftrag auch in der jetzigen Situation nur sehr schwer annehmen, denn er ist sich sicher über die ungeheuer schweren Aufgaben im Innern, die seiner hohen Würden in einer Zeit, in der wir den allerschwersten Wintermonaten entgegengehen. Die Entscheidung drängt jetzt aber und deshalb ist es wahrscheinlich, daß die ursprünglich erst für morgen in Aussicht genommene neue Konferenz beim Reichspräsidenten bereits heute

stattfindet und daß sie schließlich mit der Wiederernennung des Reichskanzlers von Papen endet.

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet dazu:

Alle Wahrscheinlichkeit nach wird man den Reichstag nach seiner Konstituierung mit Hilfe des Artikels 48 bis auf weiteres vertagen. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die neuesten Entscheidungen des Reichspräsidenten durch einen Ausruf „An das deutsche Volk“ bekanntgegeben werden.

Die neue Regierung Papen dürfte eine wesentlich andere Zusammenlegung aufweisen als das erste Kabinett Papen. Es ist damit zu rechnen, daß der Reichsinnenminister, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister der zweiten Regierung Papen nicht mehr angehören werden.

Trotzdem wird die Wiederernennung des Herrn von Papen zum Reichskanzler in Deutschland einen Sturm der Entrüstung hervorrufen.

Dr. Bracht Innenminister?

SPD Berlin, 29. November.

Als Innenminister der zweiten Regierung Papen wird der gegenwärtige stellvertretende Reichskommissar von Preußen, Bracht, genannt. Bracht soll zugleich das preussische Ministerium des Innern verwalten. Der Kampfcharakter der zweiten Regierung Papen wird damit noch ausgeprägter, als man es bisher angenommen hat.

Frage der Schuldzahlung

Von H. N. Brailsford (London).

Im Altertum wurden in regelmäßigen Zeitabständen die Schuldner von ihren Lasten befreit. „Die Schuldtafeln wurden eingeschmolzen“, wie die Römer sagten. Die Griechen und die Römer wußten, daß im Bürger ein Cyklopostoff liegt, der die Gesellschaft sprengen kann. Den Amerikanern steht diese Entdeckung noch bevor. Wenn sie sie nicht bald machen, dann bedeutet das für die kapitalistische Weltordnung nicht eine Krise, sondern einen Krach.

Derartige Gedanken bewegten manchen Sozialisten beim Lesen der Nachricht, daß Präsident Hoover sich weigert, sein Moratorium für die europäischen Schuldner Amerikas zu verlängern. Es steht mehr auf dem Spiel als die Frage des Ausgleichs des britischen Budgets oder der Rettung des Pfundes vor dem Sturz. Schulden sind in den letzten drei Jahren zur Hauptfrage unseres Planeten geworden. Sie haben ein halbes Duzend Revolutionen in Südamerika hervorgerufen. Obwohl niemand es aussprach, waren sie der Hintergrund von Mahatma Gandhis trotzigem Kampf gegen das britische Weltreich. Sie haben einen der australischen Staaten unter einer linken Arbeiterregierung zu offener Revolte getrieben. Sie sind teilweise die Erklärung für Hitlers Erfolge. Von Wien bis Athen sind sie die beherrschende Tatsache des Lebens. Und jetzt geht zum ersten Male London, der traditionelle Geldverleiher der Welt, als verlegener Schuldner den Erfahrungen entgegen, die der übrigen Welt schmerzlich wohlbekannt sind.

Der britische Fall hat jedoch gewisse Eigentümlichkeiten. England war der erste Staat, der mit Amerika ein Schuldenabkommen schloß, und die Bedingungen waren für England unbegreiflich schwer. Amerika hat auf einen Teil aller seiner Schulden verzichtet, aber während der Verzicht bei Frankreich 50 Prozent und bei Italien 74 Prozent ausmachte, ließ es gegenüber England nur 17,7 Prozent nach. Infolgedessen muß England in den nächsten zwei Menschenaltern bis zur endgültigen Abzahlung der Schuld gegenüber einem Betrage von 4804 Millionen Dollars, den es tatsächlich erhalten hat, nicht weniger als 1106 Millionen zurückzahlen. So gewaltig ist selbst bei einem niedrigen Zinsfuß die Macht des Wuchers.

Und zweitens: Während Verhandlungen in der Kaufkraft des Geldes alle Schulden beeinflusst haben, geschah dies in sehr verschiedener Weise. Der Dollar ist bekanntlich im Wert sehr stark gestiegen, seit die Schuldenabkommen geschlossen wurden. Nach Rechnungen von Fachleuten, die in der „New York Times“ zitiert werden, wird Amerika für jeden hergeborgten Dollar jetzt, wenn es ihn zurückerhält, um 54 Prozent mehr Waren kaufen können. Diesen unvorhergesehenen Tribut zu verlangen, wäre eine ungeheuerliche Forderung. Und dies ist noch nicht alles. Das Preisniveau in England hat sich in den inzwischen verfloßenen Jahren so verschoben, daß England gemäß derselben amerikanischen Berechnung eine Summe zahlen muß, um die es auf dem heimischen Markte um 85 Prozent mehr Waren kaufen könnte. Frankreich hingegen hat durch den Verkauf der Zeit etwas gewonnen: es muß in Waren um 30 Prozent weniger zurückzahlen, als seinerzeit ausgemacht worden war. Die Wertänderung in London und Paris müßte von den Amerikanern nicht berücksichtigt werden. Aber auch sie können ein Geschäft nicht rechtfertigen, bei dem ein Darlehen im Werte von 100 Dollar zu einer Schuld im Werte von 154 Dollar anwächst.

Jedoch der Hauptgrund, aus dem Großbritannien um eine Neuregelung der Schuldenfrage er sucht hat, war der, daß es selbst in Lausanne die Verpflichtung übernommen hat, die Schulden zu streichen, die von Deutschland und seinen früheren Verbündeten an Großbritannien geschuldet wurden. Diese Begründung hat die Amerikaner ganz außerordentlich geärgert. Sie haben ihre Torheit, am Krieg teilgenommen zu haben, längst bereut, und sie nehmen alles über, was

Breitscheid und Leipart

Breitscheid bei Schleicher

SPD Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitscheid, folgte am Montagnachmittag einer Einladung des Reichswehrministers von Schleicher zu einer politischen Aussprache.

Ueber das Ergebnis kann gesagt werden, daß eine Veränderung in der Stellung der Sozialdemokratischen Partei nicht eingetreten und auch nicht zu erwarten ist.

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt dazu:

Um das Bild abzurunden, hat Herr v. Schleicher auch eine Einladung an den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ergehen lassen. Der Abgeordnete Breitscheid ist — natürlich im Einvernehmen mit den führenden Persönlichkeiten der Partei — am Montagnachmittag der Aufforderung gefolgt. Wenn der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion es seinerzeit abgelehnt hat, in eine Besprechung mit Herrn v. Papen einzutreten, so lagen dafür besondere Gründe vor. Herr v. Papen war der Kanzler, dessen Politik sich ausgesprochenemmaßen gegen den „Marxismus“ richtete, und unter dessen Führung immer aufs neue volksfeindliche Umänderungen der Weimarer Verfassung in nahe Aussicht gestellt wurden. Die Sozialdemokratie hatte keine Veranlassung, sich mit ihm in ein Gespräch einzulassen, aber ihre Ablehnung bedeutete keineswegs den Willen zur grundsätzlichen Zurückweisung jeder Unterredung, die den Zweck verfolgte, die Ansicht dieser großen Partei über schwebende politische Fragen festzustellen.

Was nun Herrn v. Schleicher angeht, so hat er von vornherein nicht im Zweifel darüber sein können, daß die Sozialdemokratie für die Beteiligung an einem „innerpolitischen Waffenstillstand“ nicht in Frage kommt, und es war für ihn also keine Ueberraschung, wenn Breitscheid die Tatsache, daß die Sozialdemokratie für die Fortsetzung eines Präzidentkabinetts, von wem es auch immer geführt werde, nicht zu haben sei, aufs neue unterstreift.

Die Forderungen der Gewerkschaften

Der ADGB teilt mit:

Der Reichswehrminister von Schleicher hatte am Montag Vertreter des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sich gebeten. In der Besprechung, an der Theodor Leipart und Wilhelm Eggert teilnahmen, wurden die vordringlichsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert.

Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Wege öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem wieder die Aufhebung der lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Sieblung eingesetzt.

Ein Teil der rechtsbürgerlichen Presse zerbricht sich heute den Kopf über den Gang der gestrigen Unterhaltungen zwischen dem Reichswehrminister und den Führern der freien Gewerkschaften. Unter anderem wird behauptet, daß in den Besprechungen auch die Frage eine Rolle gespielt hat, wie sich die freien Gewerkschaften bei kommunistischen Streiks verhalten würden. Leipart soll auf die Frage hinsichtlich der Haltung der freien Gewerkschaften bestimmte Zusicherungen gegeben haben, die angeblich auch für die Sozialdemokratische Partei bindend sind.

Demgegenüber ist festzustellen, daß im Verlauf der Besprechungen nicht von kommunistischen Streiks die Rede war, und schon deshalb irgendwelche Zusicherungen keineswegs gegeben werden konnten. Die Besprechungen hatten rein informativ Charakter. Was die Rechtspresse über ihren Gang und ihre Ergebnisse erzählt, sind Märchen.

Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: Die beiden Abgeordneten des württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes Freilich v. Stauffenberg und Haag und der auf der Liste des thüringischen Landbundes gewählte Abgeordnete Abicht sind der deutschnationalen Reichstagsfraktion beigetreten.

A-Fraktionsekretär d. sozialdem. 837 Fraktion d. Sachs. Landt.